

Tatjana Fuchs

## Zwei Jahre nach dem "Erdgipfel von Rio"

- eine Bilanz -

Schon damals, unmittelbar nach dem Ende des Erdgipfels im Juni 1992, war es mehr als fragwürdig, ob die Ergebnisse zum Handeln zwingen würden. Das "Nein" der G7-Länder hatte damals jede verbindliche Festlegung zum Klima- und Artenschutz, zum Schutz der Wälder sowie zur "Erdcharta" und Entwicklungshilfe verhindert (isw-wirtschaftsinfo Nr. 8). Übrig blieben Absichtserklärungen. Als einschlägige Begründung wurde stets ein eventueller Schaden für diese oder jene Industrie genannt, was wiederum die übrigen Industrieländer dazu ermunterte, auch nicht im Alleingang verbindlich zu werden.

Heute, zwei Jahre danach läßt sich überprüfen, inwieweit zumindest die als realistisch eingeschätzten Erklärungen zum Klimaschutz und zur umweltverträglichen Entwicklung in die Tat umgesetzt wurden.

### 1. Die Klimaschutz-Konvention

Das Klimaabkommen legt fest, daß der Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2000 auf den Stand von 1990 zurückzuführen ist, obgleich eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen für eine langfristige Gesundung der Erdatmosphäre von Nöten wäre. 166 Staaten unterzeichneten damals das Vertragswerk, das jedoch erst in Kraft tritt, wenn es von mindestens 50 Regierungen der Unterzeichnerstaaten ratifiziert ist. Diese Quote wurde im März 1993 erreicht.

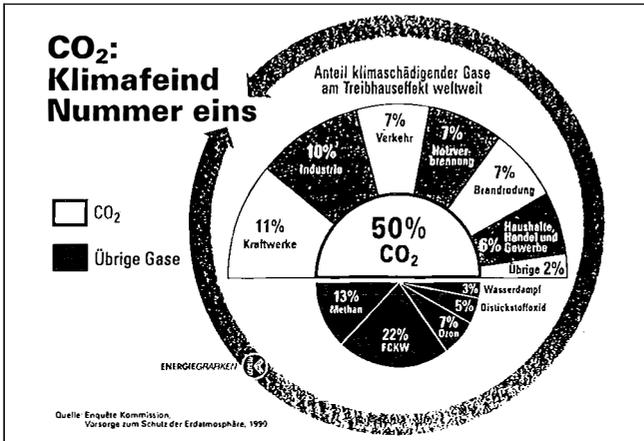
Anfang 1993 schien man der Umsetzung der Konvention auch deshalb ein Stück näherzukommen, als der neu antretende US-Präsident Clinton dem Abkommen beitreten, und damit einen Wechsel in der Politik der USA vollziehen wollte. Sein Vorgänger Bush hatte dies strikt abgelehnt, obwohl keinerlei Sanktionen bei Mißachtung vorgesehen sind. Aber bereits die Ankündigung einer "Klimasteuer" verursachte einen Aufschrei der Öl-Lobby in dem Land, das mit 28% des Weltenergieverbrauchs mit Abstand die Spitzenposition einnimmt (vgl. Die Zeit 2.9.94). Mittlerweile ist die Idee einer Steuer zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bereits wieder vom Tisch: sie scheiterte im Juni vergangenen Jahres im US-Kongreß. Anstelle einer gesetzlichen Abgabe wurde ein sogenannter "Climate Chance Action Plan" entwickelt und angenommen. Er beruht auf freiwilligen Energieeinsparanstrengungen der Industrie. So sollen Maßnahmen, wie beispielsweise Bargeld für Berufspendler, die künftig den Bus anstelle des Firmenparkplatzes nutzen, oder private Energiesparinvestitionen in öffentliche Kraftwerke für eine Stabilisierung der US-Emissionen ausreichen. Bei unveränderten Produktions- und Verwertungsprozessen werden allein die amerikanischen Emissionen bis zum Jahr 2000 um 7% steigen.

Die USA sind jedoch nur ein Glied im Teufelskreislauf der Untätigkeit: Die sich nach außen so umweltbewußt darstellende EG beschloß bereits 1992, mit der Einführung einer kombinierten Energie- und Kohlenstoffsteuer zu warten, bis die USA und Japan mitziehen.

Derweilen wäre ein langfristig angelegter ökologischer Umbau des Steuersystems - Entlastung des Faktors Arbeit einerseits und Einbeziehung der Umweltbelastung und Ressourcenknappheit andererseits - zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Wer nun denkt, die Bundesrepublik, die verbal eine so hervorstechende Rolle in Rio gespielt hat, würde dies ähnlich aktiv in die Tat umsetzen, irrt leider: von Tag zu Tag rückt das vielzitierte Ziel, den Ausstoß des Klimagases Kohlendioxid bis zum Jahr 2005 um 25% bis 30% zu reduzieren in weitere Ferne.

Wie sollte dies auch möglich sein, wenn für die Regierung sogar die Einführung eines Tempolimits ein Tabuthema bleibt, "ungeachtet der Tatsache, daß fast jedes neunte Auto, das auf der Welt fährt, in Deutschland registriert ist", fragte die Sprecherin der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" Ganseforth (FAZ, 3.6.93). Die Verkehrslawane, die seit 1987 um 17% answoll, wächst ständig weiter. Wenn die Bundesregierung weiter an ihrer allein auf das Auto ausgerichteten Verkehrspolitik festhält, werden wir schon deshalb statt einer Reduzierung eine Zunahme der Kohlendioxid-Emissionen in Kauf nehmen müssen.



Bislang jedoch gibt es keinerlei Hinweise darauf, daß sich daran irgendetwas ändert: Vor der Konferenz von Rio wurde immerhin noch ein von Umweltminister Töpfer entwickelter Stufenplan diskutiert, der vorsah, der Automobilindustrie den Benzinverbrauch vorzuschreiben, also ein Durchschnittslimit für den Spritdurst der Modellpalette. Mittlerweile spricht kaum noch einer der Bonner Umweltschützer von diesem Konzept - zu unwahrscheinlich ist die Durchsetzung, insbesondere gegen die süddeutsche Automobilbranche, die ihren Marktanteil vor allem mit schweren, schnellen Vehikeln hält (SZ, 3.6.93).

Als der "Rat von Sachverständigen für Umweltfragen" im Februar dieses Jahres die Kurzfassung seines Gutachtens für 1994 vorlegte, forderte er darin eine schrittweise Erhöhung des Benzinpreises auf 4,60 Mark im Jahr 2005, was auf der Basis des inflationsbereinigten Preisniveaus einer Erhöhung auf 2,28 Mark gleichkommt (SZ, 27.5.94). Wilder Protest ertönte, obwohl die "Umwelt-Weisen" ausdrücklich von einem nationalem Alleingang abgeraten und ein mit der EU abgestimmtes Vorgehen empfohlen hatten. Angeblich käme eine solche Erhöhung aus sozialen Gründen nicht in Betracht, dabei wäre es ein Leichtes, die Nachteile für Familien oder für diejenigen, die auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto angewiesen sind, auszugleichen.

Es ist jedoch fraglich, ob eine Erhöhung des Spritpreises tatsächlich zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen führen würde, denn bis heute gibt es kein wirkliches Alternativkonzept zum Straßenbau. Das heißt, wären tatsächlich mehr Menschen veranlaßt, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, würde in kürzester Zeit das Netz zusammenbrechen. In Anbetracht dessen, daß das Auto nach wie vor ein Hauptverursacher von Kohlendioxid ist, signalisiert die Bundesregierung mit ihrem Festhalten an der gängigen Verkehrspolitik relativ eindeutig, wie wichtig ihr der Schutz der Umwelt ist.

Ebenso zeigt sich dies durch die nachhaltige Weigerung, den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung der Bundesrepublik aufzunehmen. Im gleichen Atemzug wurde mit knapp 6% der Etat des Umweltministers für 1993 am stärksten gekürzt (FAZ, 3.6.93). Und dies alles nach der Konferenz von Rio, also nach dem Credo des Sustainable Development.

Momentan wird jedenfalls wie eh und je das Maß an Umweltschutz von den Industrie- und Wirtschaftsverbänden diktiert und diese fordert zusammen mit Kanzler Kohl eine Atempause im Umweltschutz, "angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage".

Allerdings existieren sogenannte Umweltschutzkonzepte die von den Industrie-Lobbyisten in starken Maße forciert werden, nämlich solche, die vielversprechende Gewinne in Aussicht stellen. Eines dieser Konzepte wird "joint implementation" genannt, was "gemeinschaftliche Umsetzung" heißt. Hinter diesem Konzept verbirgt sich die Idee, wesentlich kostengünstiger Klimaschutzmaßnahmen in der "Dritten Welt" zu finanzieren, wie beispielsweise neue Kraftwerke oder energieeffizientere Produktionsanlagen, und die daraus resultierenden Einsparungen den Industrieländern auf ihre Pflicht zur Einschränkung ihrer eigenen Treibhausgas-Emissionen anzurechnen. Wird in Ghana oder Indien mit deutschem Geld eine Tonne Kohlendioxid eingespart, muß Deutschland seine Emissionen entsprechend weniger reduzieren (Die Zeit, 14.1.94). Begründet wird dieses Vorhaben als ökonomische Selbstverständlichkeit, da die notwendigen Einsparungspotentiale dort zu nutzen seien, wo sie am günstigsten sind.

Mit diesem, von einigen asiatischen Regierungen als "Öko-Kolonialismus" kritisierten Vorgehen können sich dann die Industrieländer von ihrer Reduktionspflicht zu Hause freikaufen, auch bei steigenden Emissionen.

Das Verfahren ist also problematisch. Beispielsweise befürchten Kritiker, dieses auch von Umweltminister Töpfer so umschwärmte "Kompensationsgeschäft" begünstige eine weitere Ausweitung der Einflußsphäre von Großkonzernen - unter der schützenden Hand der jeweiligen Regierung und deren Steuergeldsubventionen.

Zudem ist bei diesem Verfahren völlig ungeklärt, wie denn nun "optimale" Umwelteffekte erzielt werden können, wie verhindert werden kann, "Joint Implementation" zur Verwässerung von Umweltschutzziele zu benutzen. Dazu ist es nötig, exakte Vermeidungsmengen festzusetzen, die tatsächlich dem finanziell und technisch Möglichen entsprechen. Eine solche Festsetzung muß vor allem beinhalten, wieviel Tonnen CO<sub>2</sub> in welchem Land vermieden werden müssen, um eine Tonne in der Bundesrepublik gutgeschrieben zu bekommen.

Noch wichtiger ist allerdings ein anderes grundlegendes Problem, das die "Joint Implementation" als ökologisch nachrangiges Gedankenspiel erscheinen läßt, das die "Zeit" schlicht als "untaugliches Konzept" bezeichnet. Wenn 80% der weltweiten CO<sub>2</sub> Emissionen in den Industrieländern erzeugt werden, dann können die notwendigen Vermeidungen auch nur dort erzielt werden. Nennenswerte Reduzierungen können nur bei den Hauptverursachern ansetzen, woanders lassen sich relevante Mengen nicht einsparen.

## 2. Die Agenda 21

Auf diesem rund 800 Seiten starken Programm zu einem umweltverträglichem Wirtschaftswachstum im 21. Jahrhundert ruhte die Hoffnung all jener, die stets auf den Zusammenhang von Umweltschutz und einer wirksamen wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung der verarmten Länder hingewiesen haben: die "Erdecharta" behandelt hauptsächlich die Gebiete Armutsbekämpfung, Gesundheitsvorsorge und Bildungsförderung in der "Dritten Welt". Umweltschutz wird in diesem Papier nicht als Reparaturmaßnahme verstanden, sondern als umfassende Aufgabe, bei der es an den Ursachen anzusetzen gilt. Ebenso wurde darauf verwiesen, daß es Aufgabe der Industrieländer sei, eine solche Entwicklung zu unterstützen, indem zum einen mehr finanzielle Unterstützung geleistet wird und zum anderen die unfairen Welthandelsbedingungen abgebaut werden, durch die den Entwicklungsländern jährlich 250 Milliarden Dollar verloren gehen.

Die Realisierung dieses Programms bis zum Jahr 2000 würde jährliche Kosten in Höhe von 625 Milliarden Dollar verursachen. Davon müssten die Industriestaaten 125 Milliarden aufbringen, was ca. 0,7% ihres Bruttosozialprodukts entspräche - eben dieser Prozentsatz wurde bereits beim ersten Weltgipfel 1972 in Stockholm festgelegt (vgl. isw, wirtschaftsinfo Nr. 8). Jedoch waren die Industrieländer trotz verbaler Zustimmung zur Notwendigkeit solcher Programme, nicht dazu bereit, verbindliche Zusagen über dieses Minimum von finanzieller Hilfe zu machen. Es wurde lediglich nach außen ein guter Wille dokumentiert, indem der Norden vage zusagte, "ein offenes internationales Wirtschaftssystem zu fördern" (vgl. Die Zeit, 1.1.93).

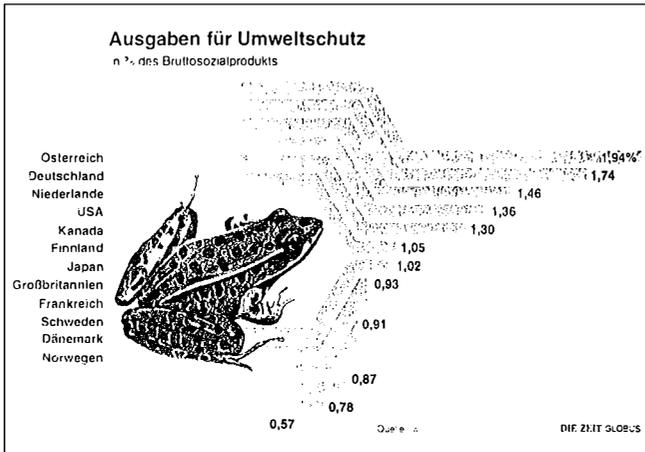
Am deutlichsten zeigte die UNO selbst, daß dieses ein bloßes Lippenbekenntnis war: Der Etat für die beiden UNO-Programme Entwicklung (UNDP) und Umwelt (UNEP) wurde um ein Viertel gekürzt, anstatt sie durch Zusammenlegung und finanziellen Ausbau zu einer arbeitsfähigen Organisation zur Umsetzung der Ziele von Rio zu machen. Währenddessen gab die UNO jedoch allein 3,5 Milliarden US-Dollar für weltweite "Friedensmissionen" aus - die Erkenntnis, daß Friedenserhaltung, intakte Umwelt und eine umweltverträgliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung nur jeweils verschiedene Seiten ein und der selben Medaille sind, entbehrt allem Anschein nach jeder praktischen Umsetzung.

Ähnlich den beiden UNO-Programmen, verlief sich auch das Vorhaben, die Mittel der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) zu erhöhen, im Sande. Die Weltbanktochter IDA sollte den Umweltschutz im Süden des Planeten finanzieren. Mittlerweile haben sich die 34 Geberländer geeinigt: sie werden den Etat nicht kürzen! Faktisch erhalten die meisten

Länder jedoch noch weniger, da sich der Kreis der Empfängerstaaten um die osteuropäischen Länder erweitert hat. Im Gegensatz dazu hält die Weltbank weiter an der Finanzierung von Großprojekten, wie dem hochumstrittenen Narmada-Projekt in Indien fest, auch wenn sie damit weiterhin Schiffbruch erleidet: mehr als ein Drittel der 1991 abgeschlossenen Projekte wurden intern als finanzielle Fehlschläge eingestuft - abgesehen von den teilweise fatalen Auswirkungen dieser Mamutprojekte auf Mensch und Umwelt.

Die EG-Mitgliedstaaten konnten in Rio noch Imagepflege betreiben, indem sie der USA den Schwarzen Peter zuschoben. Der Beschluß der europäischen Agrarminister, in Zukunft den Import von lateinamerikanischen Bananen stark zu verteuern, zeigt aber, was die EG mit der Zusage zur "Förderung eines offenen internationalen Wirtschaftssystems" gemeint hat: offen nach einer Seite - je nach ihrem Belieben.

Und Deutschland? In Rio versprach Kanzler Kohl ausdrücklich, die Entwicklungshilfe auf 0,7% des Sozialprodukts anzuheben. 1993 sank der Prozentsatz auf 0,36% ab (1992: 0,42%), rechnet Helga Henselder-Barzel, Präsidentin der deutschen Welthungerhilfe, der Regierung vor. Doch übt sich Bonn seit dem Umweltgipfel in einer neuen Disziplin namens "window-dressing": Alte Etatposten erhalten lediglich den Rio-Stempel und werden dann als zusätzliche Mittel deklariert.



### 3. Auswirkungen

Immerhin eines hat die Rio-Konferenz bewirkt: es werden seit dieser Zeit noch umfangreichere Studien und Analysen über die fatalen Auswirkungen einer fehlenden Umweltpolitik erarbeitet.

In sogenannten "fact-sheets" - Informationsblättern - gibt die UNEP mit Unterstützung der schweizerischen und luxemburgischen Regierung den neuesten Stand der Klimaforschung zu einzelnen Sachfragen bekannt. Anhand dieser Fallstudien wird vor allem deutlich, daß die Hauptbetroffenen der Klimaveränderungen die südlichen Länder sind, und nicht die Verursacherstaaten im Norden. Besonders akut ist die Situation mittlerweile für einige Inselstaaten und für die Länder, deren Lebensraum aufgrund von Dürregebieten stark eingeschränkt ist - als Beispiele hierfür werden Vietnam, Ägypten und Brasilien zitiert (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/93).

#### Vietnam:

Der Meeresspiegel ist an Teilen der 3000 km langen Küste in den letzten 30 Jahren bereits um mehr als 5 cm angestiegen. Aufgrund der geographischen Gegebenheiten lebt über die Hälfte der Bevölkerung Vietnams in den tiefliegenden Deltaregionen, da sich die bergige Zentralregion nicht für landwirtschaftliche Zwecke nutzen läßt. Jedes weitere Ansteigen würde die Landwirtschaft, den Fischfang und die industriellen Aktivitäten massiv gefährden - und damit die Existenzgrundlage der dort lebenden Menschen. Es käme nicht nur zu weiteren Überschwemmungen, wie schon in der Vergangenheit, sondern zu einer Versalzung der Süßwasserareale, d.h. zur Vernichtung der Trinkwasserressourcen.

Auch das Ökosystem entlang der Küste ist bedroht, was die Folgen der Meeresspiegel-erhöhung noch weiter verschlimmern würde, denn eine Dezinierung der Mangrovenwälder bedeutet die Zerstörung des natürlichen Schutzes der Tiefebene, und somit von 30 Millionen Menschen. Eine weitere Verringerung des Waldbestands wäre zudem die Folge, womit die globalen Klimaveränderungen noch weiter verschärft werden.

#### **Ägypten:**

Noch stärker als in Vietnam konzentriert sich die Bevölkerung Ägyptens auf ein relativ kleines, schmales nutzbares Gebiet entlang des Nils und des Nildeltas. Das heißt, daß "die Möglichkeiten auf Auswirkungen klimatischer Veränderungen flexibel zu reagieren" be-schränkt sind.

Ägypten ist zu 90% seines Wasserbedarfs auf den Nil angewiesen. Dieser Bedarf setzt sich aus Trinkwasser und landwirtschaftlicher Bewässerung zusammen, die neben steigenden Lebensmittelimporten die Ernährung der Bevölkerung sicherstellt. Kommt es zu einer weiteren Zunahme der Dürreperioden, muß noch stärker auf künstliche Bewässerung zurückge-griffen werden, und zwar nicht nur in Ägypten, dem "Endverbraucher" des Nils, sondern auch im Sudan und Äthiopien, den anderen Hauptnutzern. Dies wiederum verringert die Fließgeschwindigkeit des Nils, und das erhöht den Grad der Verdunstung zusätzlich zur steigenden Temperatur. Die Wasserverknappung wird verdoppelt, was die ohnehin brisante Ernährungslage in allen drei Nilstaaten verschärft: es wäre nicht weiter verwunderlich, wenn es eines Tages zum Streit ums Wasser käme.

Während Ägypten für die Auswirkungen von Klimaveränderungen höchst anfällig ist, trägt es andererseits nur zu 1% an dem weltweiten Treibhauseffekt durch Abgasemissionen bei.

#### **Brasilien:**

Globale Klimaveränderungen machen sich derzeit hauptsächlich in der Häufung von klima-tischen Extremen bemerkbar. Brasilien ist davon besonders betroffen, denn es leidet ohnehin - vor allem im Nordosten des Landes - an trockenem Klima, was in den letzten Jahren zu Ernteausfällen bis zu 60% geführt hat. Erheblich verschlimmert wird die Situation jedoch, bei einer weiteren Konzentration des Niederschlags: 1988 fiel der Regen von drei Monaten in weniger als 24 Stunden. Dies verursacht besonders bei vorhergegangener Dürre verheerende Erdbeben, die bislang unzähligen Menschen, hauptsächlich in den dichtbesiedelten Elendsvierteln der Großstädte das Leben gekostet haben.

Ebenso verursachen bereits geringe Abweichungen von den natürlichen Temperaturschwankungen erhebliche Ernteschäden bei dem Hauptexportprodukt Brasiliens Kaffee.

Die Entwaldung erhöht zusätzlich die Anfälligkeit des Landes für klimatische Veränderung, denn gerodetes Land erodiert wesentlich leichter. Außerdem haben sich seit Beginn der massiven Rodungen die Zyklen von Dürre und Überschwemmung merklich verstärkt: einer 10jährigen Dürre, die 1963/64 begann, folgten 14 Jahre andauernder Überschwemmungen.

## **4. Fazit**

Nach wie vor scheinen den Industrieländer die "Faktoren" Umwelt ebenso wie Arbeit ewig ersetzbare Größen zu sein. Die Auswirkungen sind zwar auch in diesen Ländern, in Form von einer steigenden Zahl von umweltbedingten Krankheiten spürbar, aber eben noch lange nicht so existenzbedrohend wie in den ärmeren, südlichen Ländern.

Die vergangenen Jahre haben zwei Dinge gezeigt: es wird keinen effektiven Umweltschutz geben mit der Formel Ökonomie und Ökologie stünden sich gar nicht im Wege. Solange sich der Preis von Wirtschaftsgütern weder an der Knappheit der Ressourcen noch an den langfristigen Umweltschäden orientiert, solange Fortschritt und Wachstum ohne "ökologi-sches Schuldenkonto" gemessen werden, solange gibt es keine verantwortungsvolle (Um-welt-)politik.

Zweitens: Auch das Warten auf die "Selbstverantwortung" der Industrie hilft nicht weiter. Selbst der Umweltrat der Bundesregierung fordert eine "Erweiterung staatlicher Umweltauf-gaben, die prinzipiell auch mit Freiheitsbeeinträchtigung verbunden sein dürfen", doch sollte man bei solchen Forderungen darauf achten, wessen Freiheit beeinträchtigt wird - momentan jedenfalls ist es nicht die Freiheit der Verursacher.